

ANFRAGE von Leandra Columberg (SP, Dübendorf), Silvia Rigoni (Grüne, Zürich) und Lisa Letnansky (AL, Zürich)

Betreffend Todesfälle und Haftbedingungen im ZAA

Im Mai und Juni dieses Jahres kam es im Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft (ZAA) zu zwei Todesfällen. Medienberichten zufolge kam es bereits zuvor wiederholt zu Suizidversuchen, Selbstverletzungen und Hungerstreiks von inhaftierten Personen. Fachpersonen und -verbände weisen seit Jahren auf die besondere Belastung hin, die mit der Administrativhaft als solche verbunden ist, und sehen einen strukturellen Handlungsbedarf.

Der Kanton Zürich muss sicherstellen, dass die Grundrechte der im ZAA inhaftierten Personen gewahrt bleiben – insbesondere im Hinblick auf eine angemessene gesundheitliche Versorgung, die Krisenprävention und den Zugang zu unabhängiger Rechtsvertretung. Dabei ist es unerlässlich, dass Todesfälle wie auch andere schwerwiegende Ereignisse sorgfältig untersucht und zugleich strukturelle Verbesserungen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Vorkehrungen bestehen im ZAA zur Verhinderung von gesundheitlichen Krisen, Suiziden und Todesfällen, und welche zusätzlichen Massnahmen wurden nach den jüngsten Vorfällen ergriffen?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die medizinische und psychiatrische Versorgung im ZAA, insbesondere hinsichtlich der Erkennung von psychischen Belastungen, der Zusammenarbeit mit externen Fachstellen und der Überprüfung der Hafterstehungsfähigkeit?
3. Welche Abläufe und Zuständigkeiten bestehen im ZAA für den Umgang mit Hungerstreiks und vergleichbaren Krisensituationen?
4. Welche Verfahren gelten generell bei Todesfällen im ZAA, insbesondere im Hinblick auf Untersuchungen und die Sicherstellung einer unabhängigen Abklärung?
5. Wie viele Personen befinden sich derzeit im ZAA und welche Tendenzen bestehen hinsichtlich der Inhaftierungsdauer?
6. Wie wird der Zugang der inhaftierten Personen zu einer unabhängigen und wirksamen Rechtsvertretung gewährleistet?

Leandra Columberg
Silvia Rigoni
Lisa Letnansky